

von
Susanne
Müller

Unterdrückung und Zensur

Meinungs- und Pressefreiheit in Kambodscha

Als freie Redakteurin beschäftigt sich Susanne Müller seit 2001 mit Südostasien.

Ihre Schwerpunkte sind Medien, Frauenrechte und Nachhaltigkeit.

Gemeinsame Demonstration der Oppositionspartei (CNRP) und der Textilarbeiter am 29.12.2013.

Es kamen ca. 50.000 Menschen aus Phnom Penh und den Provinzen. Die Forderungen waren hauptsächlich Neuwahlen und 160 US-Dollar Monatslohn. Die Organisation und Durchführung der Demonstration lag in den Händen der Veranstalter. Die Polizei und das Militär waren nicht sichtbar. Sie hatten sich in den Seitenstraßen gesammelt.
Foto: Doris Boettcher;
www.dorothy.net

Kambodscha steckt inmitten einer Regierungskrise. Trotz der Wahlen am 28.7.2013 kommt das Land nicht zur Ruhe. Auf den ersten Blick scheint Kambodscha demokratisch, mit regelmäßigen Wahlen und Freiheit der Medien. Im Land werden 20 Khmer-sprachige und zwei englische Tageszeitungen gelesen. Zwölf Fernsehsender und rund 130 Radiosender vermitteln Informationen und Unterhaltung. Unabhängig sind sie nicht. Viele Zeitungen, alle Fernsehsender und fast alle Radiosender werden von der Regierungspartei CPP (*Cambodian People's Party*) kontrolliert. Im *Press Freedom Index 2013* der *Organisation Reporter ohne Grenzen* fällt Kambodscha 2013 auf Platz 143 von 179 Plätzen weltweit.

Monopolisierung und Kontrolle der Medien durch die Regierung und die Manipulation der Wählerlisten treibt seit den Wahlen immer wieder Demonstranten auf die Straße. In friedlichen Protesten fordern sie eine unabhängige Untersuchung der Unregelmäßigkeiten. Staatliche Sicherheitskräfte gehen mit übermäßiger Härte gegen Demonstranten vor, die ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit einfordern.

Die größte Bedrohung für die Pressefreiheit liegt in der Vielzahl von Gesetzen, die die Arbeit von Journalisten einschränken können, sowie einer abhängigen, korrupten Justiz, die diese Gesetze im Zweifelsfall anwendet. Insbesondere das Strafgesetzbuch von 2010 schränkt die Berichterstattung ein. Faktisch verbietet das Strafrecht unter anderem Kritik an Gerichtsentscheidungen und enthält vage Regelungen über Verleumdung und Anstachelung zu Verbrechen. Diese Paragraphen, die in der Praxis von einer willfährigen Justiz eingesetzt werden, machen

es möglich, kritische Berichte über die Regierungspolitik zu unterbinden.

Journalisten, die über sensible Themen wie Landrechte, Arbeitsbedingungen oder Umweltzerstörung berichten, setzen sich besonderen Risiken aus. Im September 2012 lag der Umweltjournalist Hang Serei Oudom tot im Kofferraum seines Autos. Hang Serei Oudom hatte eine Reihe von Artikeln über die Beteiligung von Regierungsvertretern und Militärpolizei in illegalen Rodungen geschrieben. Trotz starker Indizien gegen einen örtlichen Beamten der Militärpolizei wurde die Untersuchung des Mordes eingestellt. Auch weiter zurückliegende Todesfälle von Journalisten wurden niemals aufgeklärt. Im Dezember 2012 wurde Trang Try von der Zeitung *Neues Jahrzehnt* verhaftet, der bei der Polizei illegale Rodungen angezeigt hatte. Vichey Anon vom Radiosender *Radio Free Asia* (RFA) wurde bewusstlos aufgefunden, nachdem er über die Festnahme eines Kollegen informiert hatte. Der Eigentümer des unabhängigen Senders *Radio Beehive*, Mam Sonando, wurde im September wegen vermeintlicher Unterstützung einer Abspaltungsbewegung zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er hatte zuvor über eine Menschenrechtsklage gegen Ministerpräsident Hun Sen vor dem Internationalen Strafgerichtshof berichtet. Im Berufungsverfahren wurde Sonandos Strafe zwar auf fünf Jahre auf Bewährung verkürzt, doch er schwebt weiterhin in Gefahr, erneut verhaftet zu werden. Berichte über ungeklärte Todesfälle, Verhaftungen, Verurteilungen und Misshandlungen von Journalisten vermitteln Angst in der Bevölkerung und schaffen ein Klima der Selbstzensur. Laut dem *Cambodian Centre for Human Rights* (CCHR) ziehen es deshalb viele Blogger und Journalisten vor, zu sensiblen Themen zu schweigen.

Auch Twitter und Facebook entziehen sich nicht dem Griff der Regierung – das musste Phel Phearun erfahren. In Phnom Penh wurde der Lehrer am 24.1.2013 von der Polizei angehalten, da an seinem brandneuen Motorrad das Nummernschild fehlte. Phel Phearun folgte den Polizisten aufs Revier. Obwohl er dort alle Papiere vorweisen konnte, beschlagnahmten die Beamten sein Motorrad mit dem Hinweis, er könne es am nächsten Tag abholen. Phel Phearun postete seine Geschichte auf Facebook. Viele seiner Facebook-Freunde teilten die Geschichte weiter, sodass Nachrichten und Webseiten sie weiter verbreiteten. Einen Monat später erhielt Phel Phearun eine Vorladung. Er sollte eine Aussage machen in einem anhängigen Fall der Verleumdung. Verleumdung wird nach dem kambodschanischen Strafrecht mit einer Strafe von 25 bis



25.000 US-Dollar geahndet. Das *Cambodian Centre for Human Rights* (CCHR) brachte die Anklage an die Öffentlichkeitsarbeit. Es stellte klar: eine Schilderung von Erlebnissen ist keine Verleumdung. Erst unter diesem Druck stellte die Polizei das Verfahren und die Einschüchterung des Lehrers ein.

In geschlossenen Gesellschaften wie Kambodscha, wo die Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit traditionell streng von der Regierung überwacht wird, sind die wachsende Beliebtheit der Neuen Medien und der Zugang zu Online-Informationen eine Herausforderung für das System. Da alle traditionellen Medien regierungstreu sind, nutzt die Opposition verstärkt das Internet. Immer mehr junge Menschen in Kambodscha setzen auf Internet- und Online-Aktivismus. Eine wachsende Zahl von *cloggers* (kambodschanische Blogger) verbreiten Ansichten über soziale und politische Themen. Das Internet schafft so einen neuen Raum für Diskussion und Kritik an der Regierung.

Die Regierung versucht daher, die Informationsvielfalt im Internet zu begrenzen. In 2011 hat sie eine Reihe von Internetdienstleistern gesperrt, so dass Webseiten wochenlang nicht erreichbar waren. Das Telekommunikationsministerium hat eine Anordnung erlassen, die verbietet, dass Internetcafés in der Nähe von Schulen eröffnet werden. Sollte diese Anordnung rigoros umgesetzt werden, würde dies die Schließung fast aller Internetcafés in der Innenstadt von Phnom Penh rechtlich ermöglichen.

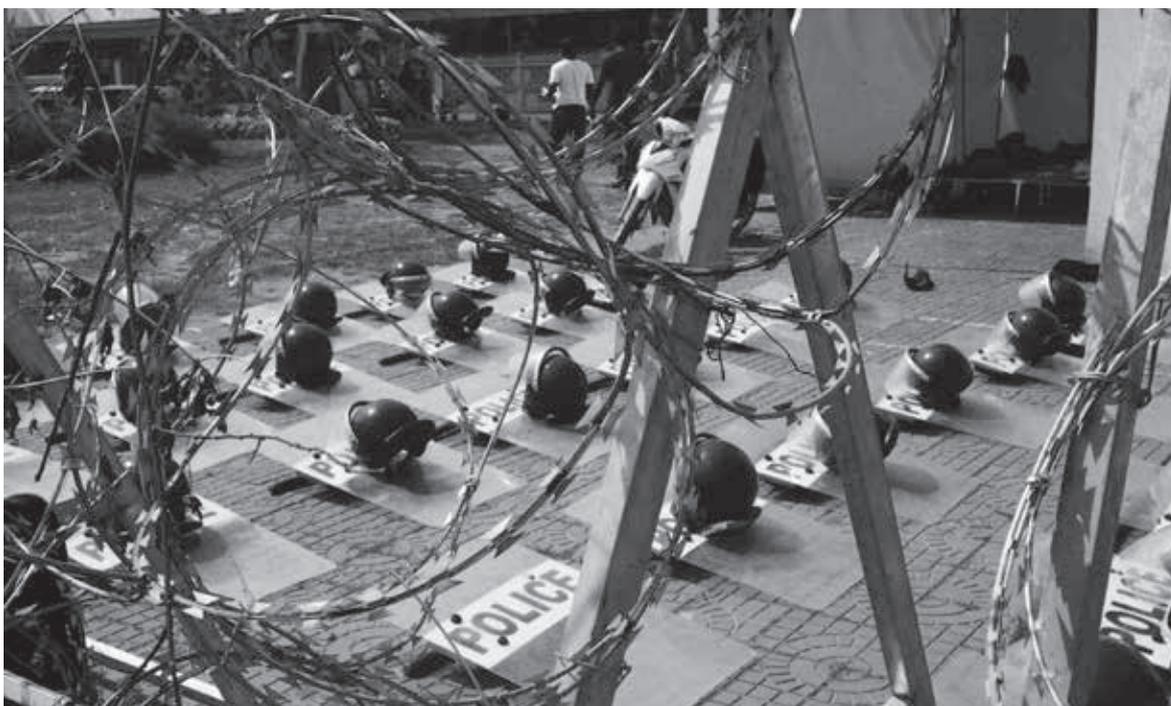
Seit 2012 arbeitet die Regierung an einem Entwurf zu einem Internetgesetz. Ein Regierungssprecher umreißt das Ziel des Gesetzes: Die Regierung will damit die Verbreitung von Falschinformationen durch Gruppen oder Einzelpersonen verhindern. Ein Sprecher des Informationsministeriums fügte



hinzu, das Gesetz solle Medien nicht beschränken, sondern dafür sorgen, dass »gemeinsame Interessen« geschützt werden. Was »gemeinsame Interessen« oder Falschinformationen heißt, bleibt offen. Der Gesetzentwurf hat viele Kritiker, die Unterdrückung und Zensur fürchten. Einen Gesetzentwurf der Opposition, der Zugang zu Informationen garantieren soll, hat die Regierungspartei zweimal abgeschmettert.

Noch sind soziale Medien ein Mittel, Unterdrückung und Zensur zu umgehen. Während der Wahlen 2013 haben soziale Medien erstmals ein Stück Transparenz geschaffen. Engagierte Wähler haben Unregelmäßigkeiten via Twitter und Facebook geteilt. Viele Kambodschaner konnten so zum ersten Mal einen Wahltag in Echtzeit erleben. Seit der Wahl sind Monate vergangen, trotzdem sind 55 von 123 Sitzen im Parlament, noch unbesetzt. Die Opposition boykottiert das Parlament solange die Regierungspartei nicht auf ihre Forderungen eingeht: Presse- und Meinungsfreiheit gehören dazu.

Zu einer Kundgebung auf dem Freedom-Platz in Phnom Penh hatten verschiedene Gewerkschaften, darunter auch die Lehrgewerkschaft und unabhängige Vereinigungen für Menschenrechte, aufgerufen. Die Hauptforderungen waren die Entlassungen der 23 Gefangenen, die am 2. und 3.1.2014 festgenommen wurden, und Forderung nach höheren Löhnen. Die Kundgebung wurde kurzfristig verboten. Es kamen trotzdem viele Menschen und besonders viel Militär. Foto: Doris Boettcher; www.dorithy.net



Warten auf den Einsatz. Foto: Doris Boettcher; www.dorithy.net